

## Antrag

**der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Peter Heidt, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Matthias Nölke, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Aus der Corona-Krise lernen, kluge Bildungsreformen jetzt anpacken – Eine nationale Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung schaffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland leistet sich 16 unterschiedlichste Schulsysteme. Umziehende Familien können davon viele Geschichten erzählen – zum Beispiel darüber, dass ihre elfjährigen Kinder nach einem Ortswechsel vom Gymnasium wieder zurück in die Grundschule mussten. Millionen Schülerinnen und Schüler sehen sich damit konfrontiert, dass ihre Abschlussnoten über Lebenschancen entscheiden, die Abschlüsse aber gar nicht vergleichbar sind. Die Folge: Deutschland ist weit entfernt von PISA-Siegern wie Estland oder Japan. Wir brauchen kluge Bildungsreformen, um zu den PISA-Siegern aufzuschließen.

Gerade in der Pandemie brauchen Schulen in Deutschland einen klaren, evidenzbasierten Kurs. In der Corona-Krise zeigt sich jedoch endgültig: Der Bildungsföderalismus ist überfordert. Nicht einmal in Krisenzeiten können sich die Kultusminister auf ein gemeinsames Handeln einigen. Jedes Land kocht sein eigenes Süppchen. So fehlen seit einem Jahr sinnvolle Corona-Unterrichtskonzepte. Digitale Defizite sind ungeklärt. Die Schulschließungen und -öffnungen waren und sind unkoordiniert. Bei den Abiturprüfungen 2020 gingen 16 Länder 16 unterschiedlichste Wege.

Die Sorge vieler Bildungsforscher ist, dass benachteiligte Schülerinnen und Schüler, aber auch Grundschul Kinder, dadurch dauerhaft den Anschluss verlieren. Wer nicht gut lesen, schreiben oder rechnen kann, hat ein Leben lang Nachteile (vgl. DIE ZEIT 2021). Dabei geht es nicht nur um Unterrichtsstoff, sondern auch um die Entwicklung von Sprache und Persönlichkeit. Deutschland braucht eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung und ein langfristiges, evidenzbasiertes Chancen-Aufholprogramm, damit Kinder und Jugendliche nicht dauerhaft unter den Pandemie-Folgen leiden. Damit ein solcher Bildungs-Marathonlauf glückt, muss klar sein, von wo Schülerinnen und Schüler starten, wo genau die coronabedingten Lernverluste liegen und wo besondere Schwierigkeiten bestehen. In Deutschland fehlen diese empirischen Daten, die Startpunkt und Ziel vorgeben können. Es gibt keine veröffentlichten landes- oder bundesweiten zusammengeführten Daten über Lernrückstände und Lernstände (vgl. Tagesspiegel 2020).

Klar ist: Deutschland braucht mehr wissenschaftsbasierte Entscheidungen in der Bildung. Während in der Medizin eine Behandlungsmethode erst eingeführt wird, wenn ihre Wirksamkeit wissenschaftlich belegt ist, ist das Handeln in der Bildungspolitik oft durch ideologische Vorstellungen geprägt: Schreiben nach Gehör, G8 oder G9, gebundener oder nicht gebundener Ganztag – um nur einige Beispiele zu nennen, die Schülerinnen und Schülern sowie Eltern Kopfzerbrechen bereiten.

Das von den Kultusministern gegründete Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität ist massiv unterfinanziert und unterbesetzt. Die aktuellen Lernziele für die mittlere Reife im Fach Deutsch stammen noch aus 2003. Das erste iPhone wurde 2007 entwickelt. Durch die digitale Welt haben sich die Ansprüche an die Lesekompetenz radikal verändert. Für die Weiterentwicklung der veralteten Lernziele erhält das IQB jedoch nur 140.000 Euro. Allein die Gesamtkosten des KMK-Sekretariats liegen bei 117 Mio. Euro. Es wird viel verwaltet, aber nicht gestaltet.

Es braucht eine nationale Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung, welche die besten, wissenschaftsbasierten Bildungskonzepte erarbeitet. Die Übersetzung der Konzepte sollte in der Hand der Schulen liegen, die radikal mehr Gestaltungsfreiheiten bekommen müssen. Schulen vor Ort wissen am besten, wie sie die Talente ihrer Schülerinnen und Schüler entfalten. Zukünftig muss die Wirksamkeit von Bildungsreformen wissenschaftlich nachgewiesen sein – vor der Umsetzung. Denn gerade die Bildungspolitik darf nicht vermeintlichen Moden hinterherlaufen. Eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Einrichtung muss dafür mit ausreichend Forschungsstellen und Finanzmitteln ausgestattet werden. Nur dann kann sie als beratender Thinktank der Bildungspolitik agieren.

Die nationale Einrichtung sollte ein systematisches Monitoring des Bildungssystems und innovativer Lehransätze vornehmen, gesammelte Bildungsdaten zielführend und transparent nutzen sowie wirksame Bedarfsanalysen bildungspolitisch relevanter Themen erstellen können. Als Brücke zwischen Bildungsforschung und Schulpraxis kann die Einrichtung dann anspruchsvolle Standards für alle Schulfächer entwickeln, die bestehenden zukunftsfähig machen und bundesweite Abschlussprüfungen für die mittlere Reife und das Abitur erarbeiten. Schülerinnen und Schüler verdienen eine faire Vergleichbarkeit ihrer Abschlüsse, die über ihren Ausbildungs- oder Studienplatz entscheiden. Durch bundesweite Abschlussprüfungen bekommen alle Schulen ein gemeinsames Ziel. Die Wege zur Zielerreichung hingegen dürfen und sollen vielfältig, innovativ und individuell sein.

Bundesweite Tests sollten zügig die coronabedingten Lernrückstände und Kompetenzverluste erheben (vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft 2021). Ein Test sollte zukünftig einmal im Jahr überprüfen, ob die durch Corona entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt wurden. Mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung sollte das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) beauftragt werden. Auch da das IQB unter anderem für die regelmäßige Konzeption, Durchführung und Auswertung der bundesweiten Tests Vera-3 bzw. Vera-8 sowie der IQB-Bildungstrends in Grund- und weiterführenden Schulen zuständig ist.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. gemeinsam mit den Ländern auf eine Änderung des § 5 der Satzung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hinzuwirken und dem Bund eine Mitgliedschaft im IQB zu ermöglichen;
  2. gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, das IQB in Zusammenarbeit mit den Institutionen der Aus- und Weiterbildung von Lehrer/-innen und Erzieher/-innen zur nationalen Instanz bei der wissenschaftlichen Formulierung von Empfehlungen für Aus- und Fortbildungsinhalte fortzuentwickeln, mit dem Ziel der Gewährleistung einheitlicher und zukunftsfähiger Standards bei der Ausbildung von Erziehungs- und Lehrpersonal für alle Bildungsstufen und alle schulischen Abschlüsse. Hierzu gehört auch die Beschreibung von Mindeststandards bei Fortbildungsinhalten und -frequenzen des edukativen Personals, sowie Digitalstandards;
  3. einen Vorschlag vorzulegen, das IQB mit dem systematischen Monitoring des gesamten Bildungswesens zu beauftragen, der u. a. enthält,
    - a) das IQB mit der Untersuchung der Ursachen für die Leistungsunterschiede zwischen den Ländern zu beauftragen,
    - b) das IQB mit der Untersuchung über die Wirksamkeit der Ansätze zur Sprachförderung in Deutschland zu beauftragen,
    - c) das IQB mit einer Bestandsaufnahme und Evaluierung von Maßnahmen und Förderprogrammen im Bildungswesen zu beauftragen;
  4. einen Vorschlag vorzulegen, das IQB zu einem beratenden Thinktank für die Bildungspolitik auszubauen, der u. a. enthält,
    - a) das IQB mit der Erstellung beratender Handlungsempfehlungen für die Bildungspolitik zu beauftragen,
    - b) das IQB für die Beratung der Bundesländer in ihrer Bildungspolitik zu befähigen,
    - c) das IQB mit der Evaluation gesammelter Bildungsdaten und der Erstellung von Bedarfsanalysen bildungspolitisch relevanter Themen zu beauftragen;
  5. im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemeinsam mit den Ländern kurzfristig das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung von bundesweiten Tests über die Lernrückstände und Kompetenzverluste von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Krise zu beauftragen. Die Tests sollten noch 2021 unbürokratisch in ausgewählten Klassenstufen und unter Berücksichtigung des Datenschutzes idealerweise computergestützt und online stattfinden. Dadurch entsteht Lehrkräften keine Mehrarbeit;
  6. auch unter Berücksichtigung der Studienergebnisse ein gemeinsames Bund-Länder Chancen-Aufholprogramm aufzulegen, damit die entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden;

7. gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, das IQB mit der Erstellung einheitlicher und zukunftsfähiger Bildungsstandards in Deutschland für alle Schulfächer und alle schulischen Abschlüsse sowie fächerübergreifender Digitalstandards zu beauftragen;
8. gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, das IQB mit der Entwicklung bundesweiter Abschlussprüfungen für das Abitur und die mittlere Reife zu beauftragen;
9. einen Vorschlag vorzulegen, eine Agentur für Bildungsinnovationen im IQB einzurichten, durch die der Bund und die Länder innovative Schulen und Bildungsprojekte unterstützen und deren Wirksamkeit evaluieren;
10. ein Institut für beste Schulpraxis im IQB einzurichten, welches eine Brücke zwischen Bildungsforschung und Schulpraxis baut. Diese von Ländern und Bund gemeinsam getragene, zentrale Wissenstransferstelle für Bildung sammelt, sichtet und bewertet alle weltweit vorhandenen Studien, um auch von internationalen Erfahrungen anderer Länder und Studien zu lernen. Erklärte Ziele sollten sein, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern, die Schulpraxis effizienter zu gestalten, Theorie und Praxis zu verzahnen sowie gute Praxisbeispiele aus der ganzen Welt zu sammeln. Die Erkenntnisse sollten für die tägliche Schulpraxis in verständliche Handreichungen übersetzt werden;
11. dem IQB gemeinsam mit den Ländern die notwendigen finanziellen Ressourcen und eine aufgabengerechte Ausstattung an Personal und – auch international besetzten – Forschungsstellen zur Verfügung zu stellen, um als unabhängiges Forschungsinstitut in regelmäßigen Abständen wissenschaftliche Empfehlungen vorlegen und die o. g. Aufgaben sachgerecht erfüllen zu können;
12. dem IQB gemeinsam mit den Ländern die notwendigen Ressourcen für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Schulen zur Verfügung zu stellen;
13. einen Vorschlag vorzulegen, wie das IQB die verzahnte Betrachtung aller Bildungsinstitutionen entlang der Bildungskette berücksichtigt, demnach die Notwendigkeiten von der frühkindlichen Bildung über die schulische Bildung hin zur akademischen oder Berufs-Ausbildung beachtet, aber auch die Bildungseinrichtungen im Rahmen des lebenslangen Lernens nicht vergisst;
14. einen öffentlichen Diskurs zwischen allen Teilnehmern des Bildungswesens unter dem Motto „Bildung Weiterdenken“ anzustoßen, der sich mit der zentralen Frage befasst, wie Bildung im 21. Jahrhundert unter Zusammenarbeit von Schulen, Zivilgesellschaft und Forschungseinrichtungen weiterentwickelt werden kann.

Berlin, den 3. Mai 2021

**Christian Lindner und Fraktion**